

Rede von Willy Brandt: die neue Ostpolitik (Bonn, 10. Mai 1972)

Quelle: Bundeskanzler Brandt: Ansprache im Bundestag zu den Ostverträgen / Willy Brandt.- Bonn: 10.05.1972. Bundesarchiv, Koblenz. - SON (01:19:23, Fotomontage, Originalton). Bundesarchiv Koblenz, Potsdamer Straße 1, D-56075 Koblenz.

Urheberrecht: Transcription CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_die_neue_ostpolitik_bonn_10_mai_1972-de-22ca84e6-20e0-483c-aa21-a44cd2aa9394.html



Publication date: 04/07/2016

Rede von Willy Brandt: die neue Ostpolitik (Bonn, 10. Mai 1972)

[Willy Brandt] Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen, unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten“. Mit diesem Satz aus der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 möchte ich meinen Beitrag zur heutigen Entscheidung einleiten. Bei den Verträgen, über die der deutsche Bundestag zu befinden hat, geht es also darum, die bewährte Freundschaft mit dem Westen zu ergänzen, durch den jetzt möglichen sachlichen Ausgleich mit dem Osten.

(Applaus)

Es geht darum, dass wir unseren eigenen konkreten Beitrag zur Entspannung leisten und dass wir uns im Rahmen einer illusionslosen Friedenspolitik beharrlich um unsere eigenen Interessen kümmern. Bei beiden Verträgen handelt es sich um Antworten auf bittere Fragen, die uns der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat. Aber es handelt sich nicht nur um einen Abschluss, sondern vor allem auch um einen neuen Anfang. Die Verträge bieten die Chance, die Beziehungen zu den unmittelbaren Vertragspartnern, aber auch zur Gesamtheit der osteuropäischen Staaten zu verbessern und die sachliche Zusammenarbeit mit ihnen auszubauen. Wenn die Verträge in Kraft getreten sind, werden wir Ostpolitik unter gleichen Bedingungen betreiben können wie andere westliche Länder auch, nicht mehr und nicht weniger.

(Applaus)

Als ein unmittelbares Ergebnis wird die Berlin-Regelung in Kraft treten, und im Verhältnis zur DDR werden sich menschliche Erleichterungen ergeben. Wann es zu einem Vertrag mit der ČSSR kommen wird, lässt sich noch nicht übersehen, aber an unserem guten Willen soll es nicht fehlen. Die diplomatischen Beziehungen werden auch mit Ungarn und mit Bulgarien aufgenommen werden können. Weiter werden wir in der Lage sein, die wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes so zu entwickeln, wie es den beiderseitigen Interessen entspricht. Wir werden aktiv mitwirken an einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Mit unseren Verbündeten werden wir das große, schwierige, aber wichtige Thema anpacken können, das von der gleichgewichtigen Truppenreduzierung in Ost und West handelt. Wir werden verstärkt daran mitarbeiten können, die gute Nachbarschaft der europäischen Völker zu entwickeln. Mit anderen Worten, meine Damen und Herren, bei allem, worüber gestritten worden ist und worüber hier noch gestritten werden mag: Wir dürfen bitte nicht den Blick verlieren für die politischen Möglichkeiten, die vor uns liegen, denn der Streit um die Vergangenheit darf nicht auf Kosten der Zukunft gehen.

(Applaus)

Seit der ersten Lesung der Verträge Ende Februar hat sich viel ereignet. Die Ausschüsse des Bundestages haben, wie sie es zu pflegen tun, gründlich gearbeitet. Ich darf für die Bundesregierung den Ausschüssen und den Berichterstattern aufrichtig danken. Und in den letzten anderthalb Wochen – ich darf darauf gleich noch einmal zurückkommen – ist in Gesprächen zwischen den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der intensive Versuch unternommen worden, den Verträgen eine breitere Zustimmung zu sichern. Unsere bisherigen Diskussionen, die jetzigen Beratungen und die anstehende Entscheidung finden, wie wir alle wissen, eine ungewöhnlich starke Aufmerksamkeit in Ost und West, überall in der Welt. Wir haben auch feststellen können, dass einige praktische Auswirkungen der Verträge eingetreten sind, obwohl diese noch nicht rechtswirksam wurden. Ich möchte auch die Erklärungen und Empfehlungen nicht übergehen, mit denen sich zahlreiche Bürger unseres Landes, nicht zuletzt aus den Bereichen der Wissenschaft, zu Wort gemeldet haben, auf ihre Art. Ich halte dieses Engagement von Frauen und Männern, die sich normalerweise zu politischen Tagesfragen öffentlich nicht äußern, für sehr bedeutsam und möchte dafür danken.

(Applaus)

Meine Damen und Herren, nach einer mehr als zweijährigen öffentlichen Diskussion, nach der detaillierten Prüfung in den Ausschüssen und in den Arbeitskreisen der Fraktionen, einer Prüfung, bei der es gewiss auch

um Punkt und Komma ging, gilt es jetzt, das Ganze zu sehen und über das Ganze zu entscheiden. Das Ganze heißt einmal: die Verträge von Moskau und Warschau, das Berlin-Abkommen der vier Mächte, die damit verbundene Transitregelung zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR sowie die Vereinbarung zwischen dem Berliner Senat und der DDR, schließlich auch die mit dem unterschiftsreifen Verkehrsvertrag verbundenen menschlichen Erleichterungen. Dies gehört alles zusammen. Das Ganze heißt auch: Die Bundesrepublik Deutschland will durch ihre Mitwirkung an und ihre Beiträge zu diesen Verträgen und Vereinbarungen an einem bedeutsamen – ja, ich sage historischen – Schritt in Richtung auf gesicherten Frieden mitwirken, einen Schritt in Richtung auf bessere Zusammenarbeit der Staaten, in Richtung auf Aussöhnung der Völker. Darüber ist zu entscheiden.

Niemand kann erwarten, dass hier jeder Satz, jede einzelne Formulierung des Vertragswerks freudig begrüßt würde. Bei aller Unvergleichbarkeit im Einzelnen gab es ja übrigens auch damals, als die Bundesrepublik ihr Verhältnis zu den drei Mächten normalisierte, manche Formulierung, die uns klar werden ließ, dass Deutschland den Krieg verloren hat und dass wir Hypotheken übernommen haben, die nur langsam abzutragen sind. Lassen Sie mich bitte wiederholen dürfen, was ich am 12. August 1970 im Kreml gesagt habe. Ich sagte, es sei wahr, dass kein Volk auf die Dauer leben kann ohne Stolz und ohne die Aussicht, seinen Willen friedlich zu vollenden. Und ich fuhr fort: Die Geschichte darf nicht zu einem Mühlstein werden, der uns niemals aus der Vergangenheit entlässt. Ich verstehe diesen Vertrag in gewisser Hinsicht als einen Schlussstrich und als einen neuen Anfang, der unseren beiden Staaten gestattet, den Blick nach vorne zu richten in eine bessere Zukunft, als einen Vertrag, der uns von den Schatten und Belastungen der Vergangenheit befreien soll. Sie wie uns, der ihnen wie uns die Chance eines neuen Anfangs gibt.

(Applaus)

Meine Damen und Herren, im Verhältnis zur Sowjetunion und zu Osteuropa ist das viel schwerer, nicht nur wegen der so unterschiedlichen politischen Ordnungen und Gesellschaftssysteme. Auf den Trümmern einer blutigen Geschichte – durch den Zweiten Weltkrieg liegen mehr als 30 Millionen Tote zwischen uns Deutschen und den Völkern Osteuropas –, ich will sagen, auf den Trümmern einer blutigen Geschichte haben sich Berge von Misstrauen, Unkenntnis, Angst, Vorurteilen aufgetürmt. Es wird viel Zeit brauchen, dies abzubauen, aber es muss damit endlich begonnen werden.

(Applaus)

Den Nutzen werden wir alle haben. Wenn der Frieden in Europa gefestigt wird, so wird der Welt eine Sorge genommen sein, und man wird sich der Lösung dringender Probleme an anderen Stellen der Welt, in anderen Kontinenten stärker annehmen können. Die Völker Europas werden einander näher kommen. Dies wird nicht zuletzt für unser Volk ein Segen sein, das jetzt in zwei Staaten leben muss. Nicht zuletzt, ich sagte es schon, wird Berlin einer besseren Zukunft entgegensehen, jene Stadt, die wie keine andere in unserem Land bezahlt hat für die Spaltung und den Kalten Krieg.

(Applaus)

Wir haben, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, abzuwägen zwischen dem Opfer mancher vertraut gewordener Vorstellungen oder Hoffnungen und dem Bekenntnis zur Wirklichkeit, aus der gemeinsam neue Hoffnung wachsen kann. Es geht nicht um einen Friedensvertrag. Die Bundesrepublik Deutschland kann ihn allein weder nach Westen noch nach Osten machen. Aber den Frieden zwischen den Völkern, den wir nach Westen gewonnen haben, den können wir jetzt auch, so meine ich, nach Osten gewinnen. Wenn es zu einem Friedensvertrag kommt, so werden wir oder die, die nach uns kommen, abermals abzuwägen haben zwischen opfern und gewinnen. Ich zweifle nicht an der Entscheidung für diesen Fall, so wie es heute keinen Zweifel geben kann an dem eindeutigen Ja unseres Volkes zur uneingeschränkten feierlichen und völkerrechtlich verbindlichen Absage an die Gewalt. Und zwar gerade auch dann, wenn es um die Erreichung der Ziele geht, die uns durch die Verfassung gegeben sind und die von unserer tiefen Überzeugung getragen werden. Versöhnung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Völkern aus Europa kann es mit ehrlichem Herzen nur geben, wenn das Buch der deutschen Geschichte nicht zugeschlagen wird. Aber es muss dann auch gleich hinzugefügt werden: Auf den neuen Seiten dieses

Buches wird Gutes über das deutsche Schicksal nur dann zu berichten sein, wenn wir die Hand zum Ausgleich und zur Versöhnung ergreifen, wenn wir Ja sagen zu einer anders als durch unseren eigenen Beitrag nicht möglichen guten Entwicklung in Europa.

(Applaus)

Nun haben wir, meine Damen und Herren, ich sagte schon, in den letzten anderthalb Wochen eine Anstrengung unternommen und eine wichtige Erfahrung gemacht. Es ging um den Versuch, uns womöglich über eine breite Zustimmung zu diesen wichtigen Verträgen zu verständigen. Am Freitag vorletzter Woche hatte ich von dieser Stelle aus dargelegt, weshalb ich es einerseits für notwendig hielt, die Entscheidung über die Verträge nicht länger aufzuschieben, und weshalb wir andererseits versuchen sollten, die Entscheidung auf eine breitere Basis zu stellen. Meine Frage war: Können wir oder können wir nicht im Zusammenhang mit den Verträgen doch noch zu gemeinsamen Feststellungen in der Außen- und Deutschlandpolitik kommen, um, wie ich sagte, anlässlich der Abstimmung über die Verträge in einer gemeinsamen Entschließung dieses Hohen Hauses die außenpolitische Ziele unseres Landes, in deren Gesamtzusammenhang die Verträge gehören, erneut zu bekunden. Inzwischen haben zahlreiche Besprechungen zwischen Vertretern aller Seiten in diesem Hause und der Bundesregierung stattgefunden. Ich möchte allen Beteiligten für die Mühe danken, die sie dabei auf sich genommen haben.

Wir sind, meine Damen und Herren, davon ausgegangen, dass der Text der Verträge vorliegt und ebenso die mit ihm verknüpften Dokumente. Ich unterstreiche also: Es gibt keine Geheimabsprachen. Alles, worüber zu entscheiden ist, wurde veröffentlicht. So sehen es, wie ich verbindlich erklären kann, auch unsere Vertragspartner. Die Interpretation der Verträge muss von dem ausgehen, was unter den Vertragspartnern vereinbart und was von ihnen einvernehmlich in den Kontext, in den Zusammenhang der Verträge einbezogen worden ist. Diese Dokumente liegen dem Deutschen Bundestag vor. Interfraktionelle Arbeitsgruppen haben zu den drei Komplexen getagt, die der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU in der ersten Lesung der Verträge besonders hervorgehoben hatte, weil er sie für das schließliche Votum seiner Fraktion für besonders wichtig hielt. Ich kann feststellen ... Bitte, das muss ich der Ordnung halber sagen: Ich kann jetzt immer nur meine Wertung feststellen, meine Wertung zu diesem Vorgang und zu den Bemühungen auf den einzelnen Stufen, über die ich berichte, denen aber gerade, wenn ich die interfraktionellen Arbeitsgruppen nenne, noch etwas hinzuzufügen ist aus den eigenen Bemühungen der Regierung in diesen letzten Tagen.

Ich kann also für die Regierung feststellen, dass die Verständigung über den Komplex der Europäischen Gemeinschaft nicht schwer zu erreichen war. Es war in den Beratungen nicht umstritten, was die Bundesregierung auch früher gesagt hat, dass nämlich die Sowjetunion aus dem Vertrag keinerlei Rechte herleiten kann, gegen die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder gegen deren Weiterentwicklung bis zu einer politischen Union zu intervenieren. Wir gehen hier, so hoffe ich, in diesem Hause miteinander davon aus, dass die Sowjetunion und die anderen Staaten des Comecon oder, wie man dort sagt, RGW, die Zusammenarbeit mit der EWG aufnehmen werden. Von sowjetischer Seite ist versichert worden, die Sowjetunion stehe der EWG nicht feindselig gegenüber. Sie wolle sie nicht unterminieren, sie schließe eine Zusammenarbeit mit ihr nicht aus und verfolge die Entwicklung. Wie die Beziehungen sich gestalten würden, hänge von beiden Seiten ab. Im übrigen konnte festgestellt werden, dass beide Seiten dieses Hauses im Gespräch darüber bleiben wollen, wie wir die stufenweise Entwicklung zur politischen Union Westeuropas wirksam fördern können.

Zu einem anderen Punkt kann ich als Ergebnis der Gespräche zwischen den Fraktionen und der Regierung erklären: Die Bundesrepublik Deutschland tritt für eine solche Regelung des Verhältnisses zur DDR ein, durch die die Teilung für die Menschen erträglicher wird. Formalisierung und Normalisierung des Verhältnisses zwischen den Staaten und für die Menschen gehören zusammen. Hier gibt es gemeinsame Erwartungen, solche Erwartungen werden auch durch jüngste Erklärungen der DDR-Führung ermutigt, die von der sowjetischen Regierung unterstützt wird. Wir haben uns auf die Bildung beziehungsweise den Ausbau einer interfraktionellen Arbeitsgruppe verständigt, die mit Vertretern der Regierung alle Fragen der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR mit dem Ziel erörtern soll, eine gemeinsame Basis herzustellen. Weiter haben wir uns entweder darauf verständigt, oder wenn ich damit zu

weit gehen sollte, wiederhole ich meinen Vorschlag, dass wir über die praktischen Auswirkungen der Verträge ebenso in einem engen Meinungsaustausch und außenpolitischen Zusammenwirken bleiben wollen – sollten, ich stelle anheim –, wie über die Vorbereitungen über die Konferenz von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Zur Thematik des Selbstbestimmungsrechts ist bekannt, dass der Brief zur deutschen Einheit in das sowjetische Ratifizierungsverfahren eingeführt wurde. Das heißt, dass man dort von der Tatsache dieses Briefes ausgeht. Die sowjetische Seite ist im übrigen der Meinung, dass das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Recht auf Selbstbestimmung – jetzt füge ich bewusst hinzu: unterschiedlich, wie es von den verschiedenen Staaten verstanden und gehandhabt wird – ... aber sie sagt, dass dies dort verankerte Recht auf Selbstbestimmung nicht vom Moskauer Vertrag berührt werde.

Nun ist in vielstündigen Sitzungen abschließend gestern der Entwurf einer gemeinsamen Entschließung erarbeitet worden. Die Bundesregierung hat sich vergewissert, dass eine solche Entschließung – nicht irgendeine, sondern die, auf die sich die Vertreter der verschiedenen Seiten verständigt hatten, diese ohne jede Hinzufügung und ohne jeden Abstrich... Man kann also sagen, die Bundesregierung hat sich vergewissert, dass eine solche Entschließung, die mit Geist und Buchstaben der Verträge übereinstimmt, die also auch an den sich aus den Verträgen ergebenden Rechten und Pflichten nichts ändert, von unseren Partnern entgegengenommen wird, wenn wie vorgesehen die Bundesregierung sie in aller Form übermittelt. Ich möchte hier nicht nur der Ordnung halber feststellen, dass die Sowjetunion und Polen natürlich auch die Denkschriften kennen, mit denen wir im Dezember die Verträge zur Ratifizierung eingetragen haben. Amtliche Gegenäußerungen sind dazu nicht erfolgt. Im Zusammenhang mit dem gestern erörterten, wie ich glaubte ausgehandelten, Projekt einer gemeinsamen Erklärung darf ich noch folgenden Feststellung machen: Mit der sowjetischen Seite gibt es keine Meinungsverschiedenheit darüber, dass der Vertrag eine Friedenskonferenz nicht unnötig mache, dazu seien zwei Staaten durch einen bilateralen Vertrag auch gar nicht in der Lage. Die sowjetische Seite hat noch einmal hervorgehoben, dass der Vertrag nicht in die Sphäre der Vier-Mächte-Rechte vorstoße, dies hat Außenminister Gromyko vor der Kommission des Obersten Sowjets ausdrücklich erklärt.

Aus der Sicht und Verantwortung der Bundesregierung ist noch festzuhalten, dass die Feststellung, die Verträge schufen, da sie eine friedensvertragliche Regelung nicht vorwegnehmen, keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen, selbstverständlich keine Einschränkung der insbesondere im Warschauer Vertrag für die Bundesrepublik Deutschland übernommenen Verpflichtungen bedeutet. Ich sage noch einmal, das mag uns hier im Laufe des Tages noch beschäftigen. Was die Regierung angeht, was die Koalition angeht, es gilt das, was gestern Mittag galt. Der Außenminister hat sich hierzu in der Nacht, glaube ich noch, jedenfalls heute früh gegenüber dem Vorsitzenden der Fraktion CDU/CSU auch schriftlich geäußert. Wir sind gerne während der Mittagspause oder wann immer bereit zu den Auskünften oder den Erörterungen, die in dem Zusammenhang mit dem eben Vorgetragenen für nützlich gehalten werden mögen. Das, was ich eben hier skizziert habe, das stellt, sage ich noch einmal, aus meiner Sicht, aus der Sicht der Regierung, die Ergebnisse der Bemühungen der letzten Tage dar. Hinter ihnen verbirgt sich eine große Anstrengung, die von allen Beteiligten nötig war, um über manchen Schatten zu springen und zu einem positiven Ergebnis zu kommen, im Interesse unseres Volkes, im Interesse der Entwicklung in Europa und einer Politik aktiver Friedenssicherung. Ich will hier nichts verniedlichen oder übertünchen, aber ich meine, wie immer der Tag noch verläuft und seinen Niederschlag findet, die Anstrengungen der letzten zehn Tage haben sich gelohnt.

(Applaus)

Ich möchte mich zugleich im Namen des Bundesaußenministers Walter Scheel bei Herrn Doktor Barzel und seinen Freunden in aller Form dafür bedanken, dass sie die Anstrengung auf sich genommen haben, die damit verbunden waren, ein wesentliches Stück deutscher Politik mit der Regierung, mit den Vorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten und Freien Demokraten so durchzuberaten, dass sich hieraus eine, wie wir hofften und wie ich immer noch hoffe, tragfähige Entscheidungsgrundlage geben könnte.

(Applaus)

Und ich sage noch einmal, wie immer der Ausgang sein mag, bei allen Schwierigkeiten dieser Tage und dieses Tages, ich denke doch, dass in diesen Tagen an mehr als einer Stelle auch Respekt voreinander gewonnen wurde. Bei allem, was umstritten war und umstritten sein mag, will ich hier mit allem Nachdruck betonen: Unser Volk und alle Parteien in diesem Hause wollen den Frieden und wünschen sich nichts mehr als einen gesicherten Frieden.

(Applaus)

Ich will hinzufügen, diese Bundesregierung hat selbstverständlich angeknüpft an die Bemühungen früherer Bundesregierungen. Wenn sie auch, was zu leugnen nicht ehrlich wäre, neue Wege zu beschreiten für notwendig hielt.

(Applaus)

Weiter liegt mir daran festzuhalten, dass die Regierung bei ihren Verhandlungen selbstverständlich auch auf die Haltung einer starken Opposition hingewiesen hat, auf ihre, der Opposition, Grundsätze für Versöhnung und Ausgleich ebenso wie auf ihre Forderungen und die Notwendigkeit, ein Ergebnis zu erzielen, das von der großen Majorität unseres Volkes akzeptiert werden kann. Die Heftigkeit der innenpolitischen Auseinandersetzung hat die Vertreter der Bundesregierung nicht davon abgehalten, im gemeinsamen Interesse dieses Staates jedes brauchbare Argument, auch das der Opposition, zu nutzen, obwohl manche Vertreter der Opposition es uns – dies in aller Offenheit hinzugefügt – durch ihre Polemik während der Verhandlungen ja auch nicht immer alles ganz leicht gemacht haben. Wir sollten das jetzt hinter uns lassen und die Kraft aufbringen, in einer Frage von historischem Rang so zu entscheiden, wie es über alle sonstigen Gegensätze hinweg der Interessen unseres Staates, unseres Volkes und des Friedens wegen geboten ist. Das Bemühen in den letzten anstrengenden Tagen sollte zumindest gezeigt haben, dass führende Männer unseres Landes die Kraft aufbringen können, zum Wohl des Ganzen sich auf notwendige Entschlüsse hin vorzuarbeiten. Ich hoffe, dass wir damit einen Ansatz gefunden haben, der über den Tag hinausreicht, übersteigerte Auseinandersetzungen abbaut, auch morgen, und uns gestattet, fruchtbare Arbeit zu leisten, bis wir alle uns ein neues Mandat von den Bürgern unseres Staates holen können.

(Applaus)

Meine Damen und Herren, niemand wird ernsthaft behaupten wollen, dass hier nur auf einer Seite des Hauses Menschen saßen, die sich mit den Realitäten in Deutschland und in der Welt vertraut gemacht hätten. Andererseits, das Aussprechen dessen, was ist, hat oft eine schockierende Wirkung. Vor fast sechs Jahren erklärte der Kollege Doktor Schröder vor dem evangelischen Arbeitskreis seiner Partei, unsere außenpolitische Bewegungsfreiheit werde oft eingeengt, und ich darf jetzt wörtlich zitieren, „von dem Zwang, der sich von innenpolitischen Gruppierungen mit manchmal verhärteten, zum Programm, wenn nicht sogar zum Tabu gemachten Anschauungen herleitet“. Wer, meine Damen und Herren, wollte dem widersprechen? Und wer wollte sagen, er kenne nicht die psychologischen Vorgänge, die Heinrich Mann in seinem „Henri IV“ in zwei kurzen Sätzen beschreibt und zwar so: „Erst zu mehreren ist man richtig entrüstet – und nur über Tatsachen, die vorher bekannt waren. Neuigkeiten erregen nur schwer die Geister, weit eher das Aussprechen des langen Zurückgehaltenen.“ Soweit das Zitat. Aber es ist doch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, gewiss so, dass die Heftigkeit der Auseinandersetzung in der bisher hinter uns liegenden Zeit im Ganzen gesehen und auf die maßgebenden Kräfte bezogen nicht dadurch bedingt war, dass der Meinungsstreit prinzipieller geworden wäre. Heftigkeit der Auseinandersetzung und prinzipieller Gehalt standen nicht in einem unmittelbaren Verhältnis zueinander. Wenn ich etwa, Herr Kollege Kiesinger und andere in diesem Hause, an die Notwendigkeit der Beziehungen zur DDR denke, so liegen die Standpunkte näher beieinander als 1969. Hier wird auf einen Prozess hingedeutet, der in demokratisch regierten Staaten durchaus normal ist. Die eine Richtung, die die Regierung stellt, die setzt sich mit den Verhältnissen, wie sie sie sieht, auseinander und schafft dadurch neue Tatsachen, auf die sich die andere Richtung einstellen muss. Dass ein solcher Prozess mit Schwierigkeiten und auch mit Schmerzen verbunden sein kann, das wissen diejenigen in diesem Hause, die sich seinerzeit auf die von Konrad Adenauer geschaffenen Tatsachen einstellen mussten.

Ich hatte, meine Damen und Herren, von den Perspektiven gesprochen, von den neuen Möglichkeiten, die sich aus einer Verbesserung unseres Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten ergeben. Ich habe über eine Reihe von Klarstellungen berichtet, an denen unseren Kollegen aus der CDU/CSU gelegen war. Es scheint mir richtig zu sein, dem noch einige Feststellungen zu solchen früheren Einstellungen hinzuzufügen, die uns in dieser zweiten Lesung im Grunde nicht mehr zu beschäftigen brauchen. Es war gefordert worden, die Sowjetunion müsse auf einen Interventionsanspruch nach Artikel 53 und 107 der UN-Charta verzichten, dieses Thema ist in unserem Sinne geklärt. Es war behauptet oder befürchtet worden, aus den Ostverträgen würden sich Reparationsforderungen ergeben. Es wurde sogar von einem finanziellen „Super-Versailles“ gesprochen. Hierzu ist längst geklärt, dass sich aus den Verträgen keinerlei Reparationsansprüche ergeben. Weiter war befürchtet worden, die Ostverträge gefährdeten den Zusammenhalt des Westens, die Bindung zwischen Europa und den USA und die Funktionstüchtigkeit der NATO. Auch dies waren unbegründete Befürchtungen, denn unsere Vertragspolitik wird bekanntlich von den Verbündeten befürwortet und mitgetragen und die Zusammenarbeit im Westen würde nicht erleichtert, sondern erschwert werden, wenn wir aus der gemeinsamen Entspannungspolitik ausscheren sollten. Schwere Bedenken waren dagegen geltend gemacht worden, dass sich die Bundesregierung im Zusammenhang mit den Verträgen zu Gunsten einer allgemeinen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – unter Teilnahme der USA und Kanada, versteht sich – ausgesprochen habe. Einigen der Kritiker schien dabei entgangen zu sein, dass sich schon die Regierung der Großen Koalition zu Gunsten einer gesamteuropäischen Konferenz ausgesprochen hatte, dasselbe gilt für die NATO insgesamt. Unsere Partner, meine Damen und Herren, im Atlantischen Bündnis denken doch ebensowenig wie wir selbst daran, Interessen der Sowjetunion zu Lasten des Westens Vorschub zu leisten. Man kann anhand der Punkte – ich lass es mal genug sein mit den eben genannten – feststellen, dass sich der Bereich des Umstrittenen nicht erweitert, sondern, wenn man die Dinge durchgeht, immer mehr eingeengt hat. Dabei kann ich mich natürlich nur auf den seriösen oder jedenfalls repräsentativen Teil der Diskussion beziehen, extreme Opponenten wollen ohnehin keine sachliche Auseinandersetzung. Daran kann ich nichts ändern, darunter darf aber das Interesse des Staates nicht Schaden leiden.

(Applaus)

Meine Damen und Herren, wir haben Berlin und seine Sicherung in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt. Wir waren bereit, dafür unser ganzes Gewicht einzusetzen, auch die Verträge von Moskau und Warschau, die ihren Wert in sich haben, aber unvollständig geblieben wären ohne eine Regelung für Berlin. Gegenüber manchem Druck aus Ost und West – und West! – hat sich die Bundesregierung daran gehalten, dass die Verträge dem Deutschen Bundestag nicht vorgelegt werden, solange Berlin nicht geregelt war. Berlin, das ist auch von der Opposition damals als der entscheidende Prüfstein für den Entspannungswillen der Sowjetunion bezeichnet worden. Der frühere Streit um die Reihenfolge von Verträgen und Berlin-Regelungen kann angesichts des Ergebnisses begraben werden. Aber es ist die Frage aufgetaucht, ob in den jetzigen Zusammenhang nicht auch gleich eine grundsätzliche grundvertragliche Regelung der Beziehungen zur DDR gehört haben würde. Natürlich hat uns diese Frage beschäftigt. Wenn schon die Voraussetzungen für das, was mit dem zuweilen etwas unscharf verwendeten Begriff der Wiedervereinigung gemeint wird, nicht gegeben sind, dann ist es gewiss an der Zeit, das Verhältnis zwischen den beiden Staaten in Deutschland so zu regeln, dass die Teilung für die Menschen erträglicher wird und jene Normalisierungsprozesse begonnen werden, die neben der Ordnung im Formalen auch den Bewohnern hier und dort durch ein Hinüber und Herüber zu Gute kommen. Der Graben zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist tiefer als zwischen allen anderen Staaten Europas. Dies war die Lage, von der wir auszugehen hatten. Über die Beurteilung der Lage brauchen wir, die meisten von uns, nicht zu streiten, auch nicht darüber, was es über Reiseerleichterungen hinaus so zu beeinflussen gilt, dass es verändert werden kann. Meine Damen und Herren, als das Berlin-Abkommen im vorigen September ausgehandelt war, habe ich erklärt, wer wünschte nicht, dass mehr erreicht werden könnte und dass die Deutschen sich frei bewegen können, dass es keine Grenzen gäbe, an denen geschossen wird. Die vier Mächte haben das, wie wir wissen, leider nicht erreicht. Ich hatte mich auch in allem Freimut geäußert, als ich im August 1970 in Moskau war. In meiner Fernsehansprache aus der sowjetischen Hauptstadt habe ich – die Mauer stand damals neun Jahre – gesagt – ich darf das mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren: „Heute haben wir, so hoffe ich zuversichtlich, einen Anfang gesetzt, damit der Zerklüftung entgegengewirkt wird, damit Menschen nicht mehr im Stacheldraht sterben müssen, bis die Teilung unseres Volkes eines Tages

hoffentlich überwunden werden kann“. Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass ich das, was ich dort sagte, hier mit Zustimmung aller Fraktionen wiederholen und unterstreichen durfte.

(Applaus)

Die Bereitschaft zum Gewaltverzicht auch gegenüber der DDR war schon von der vorigen Bundesregierung ausgesprochen worden, ebenso wie die Bereitschaft, sich mit dem Vorsitzenden des Ministerrats zusammenzusetzen. Die Begegnungen von Erfurt und Kassel 1970 und die Haltung, die unsere Delegation dabei eingenommen hat, sind inzwischen kaum noch umstritten. Aber wir haben gelernt oder bestätigt gefunden, den tiefen Graben zuzuschütten dauert leider viel länger, braucht viel mehr Zeit als irgendwo sonst. An zähen Bemühungen hat es nicht gefehlt, das sehen unsere Mitbürger allein an der großen Zahl der Verhandlungen, Begegnungen zwischen den beiden Staatssekretären Bahr und Kohl seit Ende 1970. Heute wissen wir aber immerhin, meine Damen und Herren, der Verkehr mit Westberlin wird auf gesicherter Rechtsgrundlage ungehindert sein. Und die Westberliner werden endlich nach Ostberlin und in die DDR reisen können.

(Applaus)

Viele haben schon vergessen, dass es nicht eine einzige Telefonleitung zwischen den beiden Teilen der Stadt Berlin gab. Heute stellen wir fest, dass die inzwischen geschalteten hundertfünfzig Leitungen längst nicht ausreichen. Meine Damen und Herren, keine der Fraktionen in diesem Hause war sich zu schade, die Beschleunigung des Päckchen- und Paketverkehrs zu fördern. Mit so einfachen Dingen haben wir uns beschäftigt, um sie haben wir uns kümmern müssen, müssen wir uns weiter kümmern. Heute sehen wir der Möglichkeit entgegen, dass sich ein gewisser Tourismus in Richtung DDR entwickeln kann. Ich nenne das einen Unterschied.

(Applaus)

Nicht nur Verwandte, auch Freunde und Bekannte werden wir mehrfach im Jahr besuchen können. Die DDR erkennt jetzt an, dass es zwischen den Menschen in den beiden Staaten dringende Familienangelegenheiten gibt. Sie ist bereit, solche Reisen ohne Altersgrenze in die Bundesrepublik zuzulassen. Hier weiß jeder, dass wir weitergehende Wünsche haben. Zum ersten Mal seit zwanzig Jahren entfernen wir uns nicht weiter voneinander, sondern kommen einander etwas näher.

(Applaus)

Die Erfahrung zeigt also, dass das Ergebnis staatlicher Verhandlungen mit der Regierung der DDR sich in menschliche Erleichterungen umsetzen lässt. Der politische Zusammenhang zwischen den Verträgen und dem weiteren Verhältnis zur DDR liegt mit auf der Waage. Hier gilt mehr noch als auf anderen Gebieten, dass man nur Schritt für Schritt vorankommen kann. Im übrigen sind wir bereit, den Meinungsaustausch den Herr Honecker für die DDR angeboten hat, nach Unterzeichnung des Verkehrsvertrages aufzunehmen. Niemand kann natürlich wissen, wie lange die Verhandlungen über ein geregeltes Nebeneinander, aus dem ein Miteinander werden könnte oder, um den ersten Sekretär des ZK der SED zu zitieren, normale gutnachbarliche Beziehungen mit einem Ausblick zu einem Miteinander. Niemand kann wissen, so wollte ich sagen, wie lange solche Verhandlungen dauern werden, zumal es eben nicht nur um Formen gehen kann, sondern auch um Inhalte für die Menschen gehen muss. Neben einer Formalisierung, die die völkerrechtliche Lage Deutschlands respektiert, sollte also der Austausch nicht nur von Waren und Gütern, sondern auch der Austausch von kulturellen Werken und geistigen Werten, von Meinungen und Informationen möglich werden, auch von Theaterensembles und Orchestern, von Sportmannschaften und Jugendgruppen.

(Applaus)

In früheren Jahren ist nicht selten von den Brüdern und Schwestern im anderen Teil Deutschlands die Rede gewesen, wenn über Außenpolitik debattiert wurde. Sicher ist, dass in den fünfziger Jahren viele, sehr viele

unserer Landsleute drüben hofften, Konrad Adenauer werde die Wiedervereinigung schaffen. Das ist lange her, sie haben sich wie wir auf die Realitäten einstellen müssen, und vielen mag das schwerer gefallen sein als uns. Auch heute können wir uns ein Urteil bilden, was drüben gedacht wird. Wir wissen, dass viele, nein ich sage, die meisten Bürger der DDR unsere Politik, die in den Verträgen mit Moskau und Warschau und in den Einladungen in Ostberlin ihren Niederschlag findet, als eine Hoffnung ansehen. Eine Hoffnung darauf, dass die Dinge in Deutschland sich bessern, dass man einander wieder näher kommen kann und dass dabei die Idee der deutschen Nation nicht aufgegeben wird und nicht aufgegeben zu werden braucht.

(Applaus)

Besonders berührt hat mich, was mir vor wenigen Wochen aus Cottbus der Generalsuperintendent Günter Jakob geschrieben hat. Er ermächtigte mich, von dem Brief und der Nennung seines Namens Gebrauch zu machen. Dieser Brief enthält einen Dank für unsere Politik der Verhandlungen und, wie es heißt, für die im Zusammenhang mit diesen Verträgen und Abkommen erreichten Erleichterungen in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Es heißt weiter: „Wir sehen die Dinge durchaus realistisch und nüchtern, aber wir wissen jede Erleichterung für Kommunikation und Begegnung zu schätzen.“ Mit Genugtuung habe er zur Kenntnis genommen, dass die Kritiker der Verträge in der ersten Lesung es unterlassen hätten, ihre ablehnende Haltung, ich zitiere, auch mit einer Berufung auf die Brüder und Schwestern im Osten, wie es oft nicht ohne sentimentale Untertöne hieß, zu begründen. Hier sei man ehrlich geblieben, denn die Mehrheit der Bevölkerung in der DDR, ich zitiere, und zwar ganz unabhängig von dem jeweiligen parteipolitischen Standort und ganz unabhängig von der jeweiligen Beurteilung der Politik unseres Staates im Einzelnen, also des Staates dort, hoffe dringend, dass der Bundestag die Ratifizierung der Verträge vollziehen werde. Und dann weiter: „Wenn sich jemand auf ein positives Wort der Bürger und auch der Christen in der DDR berufen kann, so sind Sie es, Herr Bundeskanzler, wie ich aus einer Fülle von Gesprächen weiß.“ Meine Damen und Herren, ich könnte viele solcher Meinungsäußerungen vortragen.

(Applaus)

Ich sage jetzt nichts weiter, als wie sehr ich mich über diese Äußerungen des Verstehens gefreut habe, wie sehr ich mich dadurch zusätzlich in die Pflicht genommen fühle, und dass ich ganz einfach dankbar dafür bin.

(Applaus)

Meine Damen und Herren, jedermann soll von hier aus auch noch einmal erfahren, was wir den Vertragspartnern zum Recht auf Selbstbestimmung gesagt haben, und zwar vom ersten Augenblick, ohne zu schwanken oder zu finassieren. Wir haben gesagt, hier handelt es sich um eines der unveräußerlichen Rechte, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind. Es ist nicht aufgebbar, und es kann deshalb auch nicht Gegenstand von Verhandlungen sein. Unsere Vertragspartner wissen das, und gerade diese Tatsache, ohne die es diese Verträge nicht geben könnte, berechtigt zu der Erwartung, dass das Werk der Zusammenarbeit nicht auf Sand gebaut wird. Von der Regierungserklärung im Oktober 1964, in der es hieß, niemand könne uns ausreden, dass die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben wie alle anderen Völker auch, bis zum heutigen Tag spannt sich der Bogen einer geschlossenen Politik. Dies haben wir überall freimütig vertreten, ebenso wie wir es, anders als es uns leichtfertige Kritiker meinten, unterstellen zu sollen, in Moskau und in Warschau konsequent abgelehnt haben, die Spaltung Deutschlands oder die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten nachträglich legitimieren zu helfen.

(Applaus)

Auch dies wurde in meiner Fernsehansprache am 7. Dezember 1970 aus der Hauptstadt Polens gesagt. Es wurde am 11. Dezember vergangenen Jahres in Oslo unterstrichen, und zwar mit den Worten: „Über die Prinzipien der Menschenrechte und der Selbstbestimmung darf man nicht mit sich handeln lassen.“

(Applaus)

Mir ist bewusst, wie manchen der Landsleute zumute ist, denen der Schmerz um die alte Heimat gerade in diesem Augenblick wieder stark bewusst wird, in dem wir uns in aller Form zur Unverletzlichkeit der Grenzen bekennen. Diesen Gefühlen sollte niemand den ehrlichen und großen Respekt versagen. Keinen Respekt habe ich vor solchen, die draußen in ihren Reden noch immer nicht zugeben wollen, was durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auf uns zugekommen ist, was sie uns hinterlassen hat, und die so tun, als könne man weggeben, was man nicht hat.

(Applaus)

Ich meine, kein Gruppeninteresse darf so hoch geschraubt werden, dass auf nationalpolitischem Gebiet Forderungen gestellt und Hoffnungen geweckt werden, die mit der Wirklichkeit auf Kriegsfuß stehen. Ausgleich und Verständigung heißt nicht, dass wir die Spaltung Deutschlands nachträglich als rechtmäßig anerkennen oder auch die Teilung Europas als unabänderlich betrachten. Verzicht auf Gewalt heißt nicht, auf die friedliche Verwirklichung der Menschenrechte zu verzichten. Unantastbarkeit der Grenzen heißt nicht, sie als feindliche Barrieren zu zementieren. Bereitschaft zum gleichgewichtigen Abbau der Rüstungen heißt übrigens auch nicht, dass wir die westliche Friedenssicherung, einschließlich des eigenen Verteidigungsbeitrages, vernachlässigen dürfen. Es geht um mehr Sicherheit durch den Abbau von Spannungen, in der weiteren Entwicklung hoffentlich auch durch den gleichgewichtigen Abbau von Truppenstärken und Rüstungen, aber eine Voraussetzung dafür ist, dass das westliche Bündnis intakt bleibt und dass wir zu seiner militärischen und politischen Wirksamkeit nach Kräften beitragen.

(Applaus)

Meine Damen und Herren, die Lage in Europa lässt jeder Bundesregierung nur noch den einen Weg der Normalisierung, der Verständigung und Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn, auf der Grundlage dessen, was in den letzten 25 Jahren entstanden ist. Strittig kann im Grunde nur noch sein, wie wir diesen Weg gehen. Und ich meine, wir sollten ihn nicht zögernd und zaudernd gehen und als ob wir unter Zwang stünden, einem Zwang folgten, sondern zügig, mutig, aus eigenem Entschluss. Ich möchte unterstreichen, dass sich in den fast zwei oder anderthalb Jahren seit Unterzeichnung dieser Verträge nichts von ihrer Bedeutung und nichts von ihrem Gewicht, nichts an den Buchstaben und nichts an dem Geist verändert hat. Deshalb wiederhole ich bewusst noch einmal, was am 12. August 1970 in Moskau gesagt wurde. Nämlich dies: Der Vertrag ist ein entscheidender Schritt, um unsere Beziehung zur Sowjetunion und anderen östlichen Nachbarn zu verbessern, ein Vierteljahrhundert nach der Katastrophe, die von den Völkern im Osten noch mehr als im Westen unsägliche Opfer gefordert hat. Russland ist unlösbar in die europäische Geschichte verflochten, nicht nur als Gegner und Gefahr, sondern auch als Partner, historisch, politisch, kulturell und ökonomisch. Nur wenn wir in Westeuropa diese Partnerschaft ins Auge fassen und nur wenn die Völker Osteuropas dies auch sehen, können wir zu einem Ausgleich der Interessen kommen. Das war da gesagt. Das sei hier wiederholt.

Um diesen sachlichen Ausgleich der Interessen ging es zentral auch bei meinen Gesprächen mit Generalsekretär Breshnew in Orianda im September vorigen Jahres. Wir drückten die Überzeugung aus, dass eine entscheidende Wende in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschlands, der Sowjetunion und Polen und eine dauerhafte Zusammenarbeit zum Nutzen der heutigen und künftiger Generationen möglich werden soll. Dies gilt auch für die Grundfrage unseres Verhältnisses zu Polen. Ich fühle mich im Einklang mit der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes und seiner politischen Kräfte, wenn ich sage: Diese Frage liegt uns heute ebenso am Herzen wie im Dezember 1970. Ein Vertrag ist ein Anfang. Der Austausch von Botschaftern, wirtschaftliche Zusammenarbeit, selbst die Lösung humanitärer Probleme wird die Hypothek vieler Jahrzehnte nur langsam abtragen. Wir wollen uns aber beharrlich um die innere, nicht nur auswärtige, Normalisierung bemühen. Die Entschließung, um die wir uns bemüht hatten und zu der ich mich schon geäußert hatte, die greift einen Beschluss der Nato-Ratstagung vom Dezember 1970 auf, in welchem die Mitglieder der NATO die Verträge begrüßen als Beiträge zur Minderung der Spannungen in Europa und als wichtige Elemente des Modus vivendi, den die Bundesrepublik Deutschland mit ihren östlichen Nachbarn herstellen will. Sicherlich sind die Verträge Teil diese Bemühens, und wir gehen davon aus, dass nun auch die Normalisierung der Beziehungen zu anderen Ländern des Warschauer Paktes gelingen wird. Nur, niemand darf und wird glauben, dass damit die Ziele unserer Friedenspolitik

gegenüber der Sowjetunion und Polen schon voll umschrieben wären. Auf beiden Seiten ist da zu viel an Geschichte, zu viel auch an leidvoller Erfahrung im Spiel, als dass sich dies – das sage ich auch nach dem Vortrag des Kollegen Bach als Mitberichterstatter des Ausschusses – ... als dass sich dies in ein paar noch so wichtigen juristischen Formeln oder Betrachtungen einfangen ließe. Das Jahr 1772 markierte den Beginn einer Politik, die die Existenz des polnischen Staates in Frage stellte. Das Jahr 1972, so hoffen wir, markiert den Beginn einer Epoche, in der die Polen in gesicherten Grenzen leben können.

(Applaus)

Wir wollen und können nicht Unrecht in Recht verwandeln, aber wir wollen der Kette des Unrechts zwischen den beiden Nachbarvölkern kein neues Glied hinzufügen. So, wie die Geschichte der Deutschen und der Polen gelaufen ist, kann es kein gleichgültiges Nebeneinanderleben geben. Wir werden uns voneinander weg oder aufeinander zu bewegen. Und diese Regierung, und ich darf sicher hinzufügen, dieses Hohe Haus, will, dass die beiden Völker und in ihnen besonders die jungen Menschen sich finden, über die Gräben und die Gräber der Geschichte hinweg. Das gilt auch für die Völker der Sowjetunion. Wir wissen, dass wir es hier mit einer Weltmacht und mit den Interessen einer Weltmacht zu tun haben. Wir wissen, dass wir dieser Weltmacht nicht gegenüberreten können ohne Rückhalt bei unseren Freunden und Verbündeten. Aber wir wissen auch, dass es in der Sowjetunion Millionen von Menschen gibt, für die dieser Vertrag mehr ist als ein juristischer Akt im politischen Kräftespiel.

(Applaus)

Dazu gibt es auf beiden Seiten zu viele Wunden. Dieser Vertrag bedeutet, dass wir alte Wunden vernarben lassen und keine neue aufreißen wollen. Er bedeutet, dass wir überall da zusammenarbeiten wollen, wo dies für unsere Völker und für Europa gut und nützlich ist. Beide Verträge konnten nur nach gewissenhafter Prüfung, ja nach ernster Gewissensforschung unterschrieben werden. Wir betrachten sie heute wie damals als den Beweis unserer Reife und des Mutes zum Erkennen der Wirklichkeit. Das Ja zum Vertrag von Warschau wie zum Vertrag von Moskau bleibt zugleich ein Bekenntnis zur deutschen Gesamtgeschichte, und ein klares Geschichtsbewusstsein verträgt weder unerfüllbare Ansprüche noch geheime Vorbehalte. Dies gilt für beide Verträge, dies gilt für unsere Abmachungen mit der DDR. Die Abstimmung, die uns hier abverlangt wird, soll es bestätigen. Die Entscheidung, vor der das Parlament unserer Bundesrepublik steht, lautet nicht: Dieses Vertragswerk oder ein anderes. Die Entscheidung lautet vielmehr: Dieses Vertragswerk oder kein Vertrag.

(Applaus)

Die Alternative heißt heute in Ost und West Erleichterung oder Enttäuschung. Im Osten heißt sie ermutigte Hoffnung oder tiefe Erbitterung. Noch niemals hat Europa, nicht nur Westeuropa, ähnlich erwartungsvoll auf den Deutschen Bundestag geblickt.

(Applaus)

Dabei stellt sich erstens die Frage, würden unsere Verbündeten, würden unsere atlantischen und westeuropäischen Freunde die Bundesrepublik unterstützen, wenn nach dem etwaigen Scheitern dieser Verträge ein neuer Versuch unternommen würde? Meine Antwort: Die NATO und die andere westlichen Gemeinschaften haben sich so eindeutig für die Verträge ausgesprochen, dass keine der westlichen Regierungen in naher Zukunft ihre Unterstützung für eine Alternativpolitik bieten könnte.

(Applaus)

Zweitens ist zu vermuten, dass die Richtung westlicher Ostpolitik insgesamt sich wesentlich ändert? Meine Antwort: Dies ist ganz unwahrscheinlich. Die Richtung, in Washington, ebenso erkennbar wie Paris und London, läuft – da können Sie Vietnam ruhig dazwischen sagen, ich würde nicht lachen, wenn heute das Wort Vietnam hier ausgesprochen würde (Applaus) ... die Richtung läuft insgesamt auf unseren Teil der Welt bezogen hinaus auf einen möglichen Abbau der Gegensätze. Niemand darf neben der starken Tendenz

zur Entspannung die starke Gefahr neuer Spannungen verkennen. Europa ist bisher davon verschont geblieben, und wir sollten alles tun, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, um diesen Zustand nicht zu verändern.

(Applaus)

Auch dies ist heute zu bedenken. Drittens: Spricht irgendein Grund dafür, dass die sowjetische Führung durch eine negative Haltung gegenüber dem Vertrag zu positiven Reaktionen gegenüber Deutschland bewegt werden könnte? Meine Antwort: Alles spricht für das Gegenteil. Deshalb geht es jetzt auch nicht um irgendeine zusätzliche verbale Konzession Moskaus, sondern um unsere eigene Konzession an die politische Vernunft.

(Applaus)

Viertens: Kann man annehmen, dass eine Ablehnung der Verträge unsere Verhältnisse zwischen Deutschland und Russland vorteilhaft beeinflussen würde? Meine Antwort: Genau das Gegenteil würde eintreten. Jede Verschlechterung des west-östlichen Verhältnisses, zumal wenn es auf Ursachen in Bonn zurückgehen könnte, wäre ein Rückschlag für die Politik der Aussöhnung. Und fünftens schließlich: Ließe sich ein Nein zum Moskauer Vertrag dadurch rechtfertigen, dass man Ja sagt allein zum Warschauer Vertrag? Meine Antwort: Ein solcher Gedankengang beruht auf einer gefährlichen Verkennung der Wirklichkeit. In Polen würde man meinen müssen, dass wir nach allem anderen auch noch politische Experimente auf ihre Kosten machen wollten.

(Applaus)

Damit wäre das deutsch-polnische Verhältnis auf unabsehbare Zeit vergiftet. Die Stellung, das Ansehen unserer Bundesrepublik in der Welt hat an Gewicht gewonnen, das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen, schon gar nicht dürfen wir uns durch solche rechtsradikalen Fantasten in Gefahr bringen lassen, die zu meinen scheinen, sie könnten den Zweiten Weltkrieg doch noch nachträglich gewinnen.

(Applaus)

Auch nicht durch linksradikale Wirrköpfe. Im übrigen ist es jedoch, wie ich neulich während der Haushaltsdebatte dargelegt habe, eine irrige Vorstellung, dass sich aus verbesserten Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten nachteilige oder gar bedrohliche Auswirkungen auf unsere demokratische Grundordnung ergeben könnten. Konrad Adenauer hat die Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft des Westens geführt. Niemand, der über allen Parteienstreit hinweg fest in und zu diesem Staat steht, kann ihn durch eine Rebellion gegen die konkrete Chance der Entspannung wieder partiell aus der westlichen Gemeinschaft herauslösen wollen.

(Applaus)

Die ausdrückliche Billigung und Unterstützung unserer Ostpolitik durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten, durch den Präsidenten der Republik Frankreich, durch die konservative britische Regierung geschieht doch nicht der Bundesregierung, der Koalition oder mir zuliebe. Aber wir brauchen die Übereinstimmung mit den Verbündeten wie den Sauerstoff zum Atmen.

(Applaus)

Eine wie immer motivierte Auflehnung gegen die Interessengemeinschaft des Westens, in der unsere Sicherheit geborgen ist, würde das Bündnis belasten, würde seinen Charakter zersetzen, und dies würde Tendenzen ermutigen, die schlummernd immer vorhanden sind, die Neigung, sich über unsere Köpfe hinweg zu verständigen. Eine anti-deutsche Koalition war der Albtraum Bismarcks, der Albtraum Adenauers. Auch wir können nicht ganz frei von dieser Sorge sein. Wir dürfen nicht selbst dazu beitragen, dass aus der Sorge eine Bürde wird. Und schließlich, meine Damen und Herren, ich habe mehrfach gesagt:

Die schwierigen Fragen liegen zu lassen, das hieße, sie der nachfolgenden Generation aufzubürden. Dies wäre ein nicht zu vertretendes Ausweichen vor der Verantwortung. Meine Generation hat noch die Pflicht, den Jüngeren, die nach uns kommen, eine möglichst geordnete Erbschaft zu hinterlassen, ihnen dann aber auch zu sagen, was sie, die Jüngeren, durch demokratische Mitverantwortung dazu beitragen müssen, dass sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen.

Manche haben gesagt, durch weiteres Abwarten könne eine größere Bereitschaft der anderen Seite herbeigeführt werden. Ich meine, Besorgnis erregende weltpolitische Entwicklungen könnten sich eher zu unserem Nachteil auswirken. Außerdem deuten alle Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre darauf hin, dass die Bereitschaft der Sowjetunion in der deutschen Frage durch Zeitablauf nicht zugenommen hatte. Die Bedingungen wurden schlechter und nicht besser. Gemessen daran ist jetzt viel erreicht worden. Ich glaube, wir können sagen, insoweit konnte ein Grundstein für eine bessere Zukunft gelegt werden. Wir Deutschen haben im übrigen mit Abwarten mehr als einmal entscheidende Möglichkeiten versäumt. Eingebracht hat eine solche Politik Katastrophen und sehr viel Leid. Denken wir an die Situation bei der Entlassung Bismarcks. Der Kurs blieb nicht der gleiche, wie Wilhelm II. gesagt hatte. Die Reichsregierung schob eine Verständigung mit Großbritannien auf, um günstigere Bedingungen auszuhandeln, und jeder weiß, wie das endete. Denken wir an den Ersten Weltkrieg. Damals lehnte die tonangebende Richtung die Vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson ab, bis es zu spät war. Denken wir an die Weimarer Republik, als sich ein starkes Parteienlager weigerte, den Locarno-Vertrag, die Aussöhnung mit Frankreich ohne territoriale Revision, hinzunehmen. Was daraus folgte, haben wir erlebt. Und wenn von Weimar die Rede ist, sollte auch noch einmal Polen genannt werden. Professor Hajo Holborn schreibt im dritten Band seiner Deutschen Geschichte der Neuzeit: Bei einem Rückblick nämlich auf die Weimarer Jahre frage sich der kritische Beobachter, ich zitiere, ob die deutsche Außenpolitik nicht alles hätte tun müssen, um eine Versöhnung der Deutschen und Polen herbeizuführen. In den fünfziger Jahren haben wir uns dann im Staat des Grundgesetzes auf einem wichtigen Gebiet erneut auf das Abwarten eingestellt oder einstellen müssen. Und dort gab es bald keinen vernünftigen Grund mehr für die Mutmaßung, dass Aufschub zur Besserung führen würde.

Nachweislich ist hingegen, dieses Vertragswerk erzeugt konkrete, handfeste Folgen für die Deutschen und insbesondere für Berlin. Resultate, die den Menschen dienen, dem gesicherten Frieden und der Zukunft der Nation. Ablehnen bedeutet ein unverantwortliches Risiko. Vielleicht hilft dem einen oder anderen von uns der Gedanke an unser Nachbarland Frankreich, die Erinnerung an Präsident de Gaulle. Frankreich und die Franzosen mussten vor gar nicht so langer Zeit die Algerienkrise durchkämpfen mit einer Leidenschaft, die unseren Auseinandersetzungen gleichkam, mit blutigen Verirrungen, die uns glücklicherweise erspart geblieben sind. Die Krise wurde durchgestanden, inzwischen sind die Namen der meisten, die damals gegen General de Gaulle agierten, verblasst. Geblieben ist die Entscheidung und Frankreichs neuer Weg. Die Geschichte hat das Votum des Präsidenten, das zur Entscheidung der Nation wurde, gewogen und es nicht für zu leicht befunden.

Ähnlich wird es auch bei uns sein, jeder einzelne Abgeordnete hat seine gewichtige Stimme. Aber hier steht nicht die Zukunft einer Regierung, nicht die Zukunft einer Opposition, hier stehen nicht die Interessen dieser oder jener Partei auf dem Spiel. Wir haben alle eine Entscheidung, die Entscheidung für die Bundesrepublik Deutschland zu fällen. Der Bundeskanzler spricht jetzt nicht als der erste Mann seiner Partei. Er spricht nicht für eine Koalition, sondern einzig und allein für diesen, unseren Staat. Die Folgen eines Nein würden wir alle zu tragen haben, die Folgen eines Ja werden uns allen zu Gute kommen.

(Applaus)